

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212.

Sonntag, den 10. September 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Liberalismus und die Demokratisierung Deutschlands.

Es wurde in dem vorausgegangenen Artikel dargelegt, daß der Übergang der sogenannten entschiedenen Liberalen zum Imperialismus, das heißt zum Streben der Ausbeutung fremder Länder und Völker vermittelt staatlicher Machtmittel die Grundursache der Bildung des Willow-Blocks und damit die völlige Umkehr des liberalen Bürgertums von der staatlichen Opposition gegen das bürokratisch-junkerkliche Regierungssystem gewesen ist.

Dies Einschwenken des Liberalismus in die Regierungskoalition hatte aber auch die Wirkung, auch dem Zentrum das Rottieren mit oppositionellen Strebungen unzuverlässig erscheinen zu lassen. Die klerikale Partei lieferte sofort den Beweis, daß sie nicht minder imperialistisch und kolonialfreundlich ist, als die Liberalen und er ermöglichte dadurch die Sprengung des Willow-Blocks und die Bildung einer konservativ-kerikalen Mehrheit im Reichstag zur Durchführung einer agrarischen Steuerpolitik. Die Differenz zwischen dem, was die Liberalen zu bewilligen bereit waren und dem, was die klerikal-konservativen tatsächlich bewilligt haben, ist an sich kaum minder belanglos als die Differenz zwischen dem, was 1906 das Zentrum einerseits, der Willow-Block andererseits an Kolonialgeldern bewilligen wollte. 1909 wollten beide bürgerlichen Parteigruppen dem Imperialismus den unerfährlichen Schlund ganz nach Wunsch vollstopfen, und zwar beide mit dem vollgerüttelten Maß von 400 Millionen Mark indirekter Steuern aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung. Daß sie sich darüber in die Haare geraten sind, wie daneben rund 100 Millionen Mark direkter Steuern zur Ergänzung des imperialistischen Steuerbedarfs aufzubringen waren, macht gar keinen Unterschied aus in Bezug auf die Stellung zum bürokratischen Regierungssystem, zum Imperialismus, Militarismus, Marinismus und zur Kolonialpolitik. Nichts trübt deshalb, als wenn die Sozialdemokratie auf jene rein finanzpolitische Oppositionsregierung der Liberalen hin sich dem Glauben an eine zuverlässige staatsrechtliche Opposition des liberalen Bürgertums gegen das bestehende Regierungssystem hingeben und daraufhin ihre eigene Politik einrichten wollte. Tatsächlich machen sich ja jetzt schon innerhalb der national-liberalen Partei Bestrebungen zur Annäherung an den klerikal-konservativen Block, also zur Wiederbelebung der Koalition geltend, die den Zolltarif des Jahres 1902 durchgekehrt hat.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß wirtschaftliche Ursachen wirksam sind, die den Liberalismus auf die Seite der Sozialdemokratie zur grundsätzlichen Bekämpfung des herrschenden Regierungssystems drängen sollten.

Als im Jahre 1866 das liberale Bürgertum in Preußen und Deutschland in seiner Mehrheit einschwenkte in die Regierungschuttruppe, hatte nicht nur das Heer, sondern auch die Bürokratie durch die Siege auf den böhmischen Schlachtfeldern ein ungeheureres Ansehen gewonnen, das durch die Siege in Frankreich noch verstärkt wurde. Man traute ihr eine ganz besonders gottbegnadete Regierungsfähigkeit nicht nur, sondern auch ein hohes Maß wirtschaftspolitischer Einsicht zu. Der kapitalistische Reichsbürger national-liberaler Färbung konzentrierte seine ganzen geistigen Kräfte aufs Geldverdienen und überließ die Fürsorge für die Staatsgeschäfte den Bürokraten. Es rüttelte ihn aus seinem philisterhaften Ruhezustand auch nicht auf, daß die agrarische Interessentengruppe das Fett von der Regierungssuppe abschöpfte. Um selbst durch Industrieschutzzölle die einheimischen Konsumenten gründlicher ausbeuten zu können, hatte er nichts dagegen, daß die Agrarier, die Freihändler gewesen waren, so lange sie Agrarprodukte exportieren mußten, nunmehr, sobald sie ihre Produkte ausschließlich im Inlande absetzen konnten, durch agrarische Schutzzölle die Konsumenten noch härter schindeten, als sie es selbst vermittelt der Industrieschutzzölle zu tun vermochten.

Witterweise hat sich ein gewaltiger Umbildungsprozeß im deutschen Wirtschaftsbetrieb vollzogen. Deutschland muß Lebensmittel einführen und führt Industrierartikel aus. Die industrielle Entwicklung hat naturgemäß mehr und mehr eine Anzahl von Industrien und zwar gerade die leistungsfähigeren, komplizierteren Betriebe, dem Gängelbände des Schutzzolls erwachen lassen. Andererseits üben die Lebensmittelzölle einen stetig zunehmenden ungünstigen Einfluß auf die Arbeiterklasse aus, die ihrerseits versuchen muß, durch die Erwirkung von Lohn erhöhungen gegen die künstliche Herabdrückung ihrer Lebenshaltung durch die Lebensmittelzölle anzukämpfen. Die Arbeiterkämpfe bedrängen aber notwendigerweise das Profitinteresse der Unternehmer. Alles das wirkt zusammen,

um nicht nur die Vertreter des Handelskapitals, sondern auch die des Industriekapitals aufzubringen gegen die rücksichtslose Interessentpolitik der Agrarkapitalisten. Diese Stimmungen haben zur Gründung des Hansabundes geführt, der dem Bund der Landwirte, der Interessenvertretung der Agrarkapitalisten Fehde angelegt hat. Verschiedene Vorgänge der letzten Jahre haben ferner dazu beigetragen, den Nimbus hoher politischer Befähigung, den die Bürokratie in den Augen des Bürgertums besaß, recht gründlich zu zerstören. Die junkerkliche Bürokratie paßt ihre Regierungsmethode nicht im geringsten den wachsenden Kulturbedürfnissen an. Sie bleibt erfüllt von dem Geiste dunkelhafter Überhebung und kleinlicher polizeilicher Schikane heute wie zu den Zeiten der Stiebertel, Mantuffelei und Puttkamerel. Dabei ist es allmählich auch blöden Augen erkenntlich geworden, daß hinter dem diplomatischen Schleier, der den Verkehr mit fremden Mächten verhüllt, meist gespreizte Unfähigkeit in völliger Unkenntnis der Wirtschaftsbedürfnisse des eigenen Volkes ihr Unwesen treibt. Der Entrüstung darüber gab zum Beispiel der national-liberale Abgeordnete Merkel in seiner Rede zum portugiesischen Handelsvertrage Ausdruck, wie später zum Vorteil über die finanzpolitische Unfähigkeit der Bürokratie sich in der Herrenhaustrede des Bankdirektors v. Gwinner gegen den preussischen Finanzminister v. Rheinbaben entlud.

Die latente Unzufriedenheit auch bürgerlicher Kreise mit dem herrschenden Regierungssystem trat aber am deutlichsten zutage, als im November 1908 die Enthüllungen über die Betätigung des persönlichen Regiments dessen Gefahr für den Frieden offenbarten. Das persönliche Eingreifen des Trägers der Krone in die öffentlichen Angelegenheiten ist eine unvermeidliche Begleiterscheinung des bürokratischen Regierungssystems; denn die Bürokratie begründet ihr selbstherrliches Wollen mit der Fiktion, daß eigentlich der Monarch alle Regierungsgeschäfte leiten müsse und auch tatsächlich leite, während die Bürokraten nur als seine Beauftragten handeln. Da die Bürokratie stets mit dieser in schwülstige Loyalitätsphrasen gekleideten Fiktion dem Volke gegenüber operiert, kann sie selbst es nicht hindern, wenn es irgendeinem Monarchen einfällt, die bürokratische Fiktion in Einzelfällen in die Praxis zu übertragen. Es ist deshalb auch völlig zwecklos, nur gegen das persönliche Regiment zu wettern, wenn man nicht dem ganzen bürokratischen Regierungssystem ernstlich zu Leibe will. Die bürgerlichen Parteien, auch die liberalen, haben in dieser großen Verfassungsfrage jedoch nicht den Mut der Konsequenz gehabt. Die Sozialdemokratie blieb allein mit ihrem Drängen auf eine ernsthafte Demokratisierung der Reichsverfassung. Die günstige Situation zur Durchsetzung solcher Reformen ist verpufft. Die Diskreditierung des bürokratischen Regierungssystems wie des persönlichen Regiments ist aber geblieben. Auch in weiten Kreisen des Bürgertums hat sich das unbehagliche Gefühl festgesetzt, daß die Handhabung der Reichsgeschäfte in unfähigen Händen ist.

Für eine kräftige und nachhaltige, auf die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens abzielende Opposition des Bürgertums gegen das herrschende Regierungssystem liegen also hinreichende Gründe vor, ebenso wie für die Umgestaltung unserer Wirtschaftspolitik durch Brechung des agrarischen Drucks. Diejenigen Parteien des Bürgertums, die sich zu einer solchen Politik aufraffen würden, könnten dabei der nachdrücklichen Unterstützung der Sozialdemokratie sicher sein. Und das ist nicht etwa eine bloße Zukunftsvorhersage. Die Sozialdemokratie war jederzeit bereit, alle in dieser Richtung gehenden Anträge bürgerlicher Parteien zu unterstützen. Wurde doch im Laufe der Verfassungsdebatten im November 1908 unsererseits die direkte Aufforderung an die bürgerlichen Parteien gerichtet, das Budgetrecht des Reichstags auszunutzen, um die Bürokratie zur Unterwerfung zu bringen und einem parlamentarischen Regime Bahn zu brechen.

Aber was haben wir damals erlebt? Die Ausnutzung des Budgetrechts zur Erzwingung von Verfassungsreformen, ein Kampfmittel, das bürgerliche Parteien in anderen Ländern stets mit schönem Erfolg angewendet haben, wurde selbst von den Freisinnigen als „Expressepolitik“ entrüstet zurückgewiesen. Ein trauriges Beispiel ist das dafür, wie sehr der politische Sinn, die politische Kampflust der liberalen Politiker in der Zeit ihrer philisterhaften Unterwerfung unter bürokratische Anmaßung verkümmert ist. Und wie jämmerlich erst ist die Antwort des Bürgertums auf die Königsberger Kaiserrede ausgefallen!

Es geht aber auch aus diesem Beispiel wieder hervor, wie grundverlogen die Behauptung unserer Gegner ist, daß die Sozialdemokratie zu „positivem Schaffen“ nicht bereit sei. Wie wir auf allen Gebieten sozialer Reformen stets positiv mitgearbeitet haben, sind wir dazu auch bereit in Verfassungskämpfen wie in Fragen

der Wirtschaftspolitik. Nur müssen die Forderungen, denen wir zustimmen, natürlich positiv demokratisch, oder positiv entwicklungsfördernd, aber nicht positiv reaktionär sein. Raffen sich die liberalen Parteien oder auch nur ein Teil derselben zu einer solchen Politik auf, was sie auf Grund ihrer angeblich liberalen Grundsätze tun müßten, wenn sie wirklich die Interessen der von ihnen vertretenen Bevölkerungsschichten gegenüber dem Sunkertum und der Bürokratie durchsetzen wollten, so hätten sie die Sozialdemokratie in diesem Kampfe auf ihrer Seite.

Es gibt also zweifellos große Möglichkeiten positiven Zusammenwirkens von Liberalismus und Sozialdemokratie.

Es heißt aber einer solchen Politik positiven Schaffens von vornherein das Wasser abgraben, wenn die Sozialdemokratie, wie die badische Landtagsfraktion es gemacht hat, das heute schon bräunliche bürokratische Regierungssystem anerkennt und stützt. Denn das ist der, wenn auch unbeabsichtigte, Effekt des sozialdemokratischen Einschwenkens in eine Regierungskoalition, der die philisterhafte Untertanendemut des bisherigen Nationalliberalismus das Gepräge gibt. So etwas ist nicht positive Arbeit im Sinne der Sozialdemokratie oder auch nur eines demokratischen Liberalismus, sondern positive Arbeit zur Errichtung eines Schutzwalles für das ganze kulturwidrige Treiben der Bürokratie.

Würde die deutsche Sozialdemokratie dem badischen Beispiel folgen oder es auch nur stillschweigend dulden, so würde sie damit ihre eigenen demokratischen Forderungen preisgeben, die untrennbar verbunden sind mit ihren sozialistischen Forderungen. Mit der Adaptionierung der national-liberalen Politik, wie sie von Frank und Kolb in Baden propagiert wird, hätte die Sozialdemokratie ihre Berechtigung als Klassenkampfpartei des Proletariats verwirkt.

Daß es dazu nicht kommen wird, dafür bürgt die sozialistische Erkenntnis und der gesunde proletarische Klassenkampfsinn der großen Masse der sozialdemokratischen Partei. Erst wenn die badische Entgleisung weitgemacht ist, wird die Bahn frei sein für ein positives Zusammenwirken zwischen Sozialdemokratie und liberalem Bürgertum zur Bekämpfung des unheilvollen Wirkens von Sunkertum und Bürokratie.

Wahrscheinlich allerdings, daß dann das liberale Bürgertum abermals versagt gegenüber unserer Aufforderung zu positiver Schaffung, daß es aus Angst vor der Sozialdemokratie wieder zurückrennt in den baufälligen bürokratischen Stall, um sich wie zuvor von Sunkern und Bürokraten hudebn und scheren zu lassen. Unsere Aufgabe ist es jedenfalls, immer wieder mit dieser Aufforderung zu positiver Mitarbeit an das Bürgertum heranzutreten. Folgt es ihr nicht, dann wird sich in immer weiteren Kreisen die Erkenntnis Bahn brechen, daß nur von der Sozialdemokratie ein ernstlicher Kampf für die Demokratisierung unserer Staats- und Gesellschaftsrichtungen zu erwarten ist, bis dann die wachsende Kraft unserer Bewegung es uns ermöglicht, diese Aufgabe allein durchzuführen und dann allerdings gründlicher noch, als je von bürgerlichen Parteien zu erwarten ist.

Politische Rundschau

Deutschland.

Was ist eine „politische Versammlung“?

Das preussische Oberverwaltungsgericht hat über diese Frage eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Es handelte sich um die polizeiliche Überwachung einer geselligen Zusammenkunft, bei der gesungen, getanzt und musiziert wurde.

Nach fruchtloser Beschwerde wurde Klage erhoben und betont, daß es sich nicht um eine politische Versammlung gehandelt und daher die Polizeibehörde kein Recht gehabt habe, die gesellige Zusammenkunft zu überwachn. Das Oberverwaltungsgericht erachtete die Klage für begründet und führte u. a. aus: Zu politischen Versammlungen könnten nur solche Versammlungen gerechnet werden, bei welchen die Absicht besteht, eine unmittelbare politische Einwirkung auszuüben! Die Versammlung müsse zu dem Zwecke einberufen sein, politische Angelegenheiten zu erörtern. Das sei in der Regel nicht der Fall, wenn es sich um Zusammenkünfte zu politischen Zwecken handle. Das Vereinsgesetz finde aber in solchen Fällen Anwendung, wenn Tatsachen eingetruft werden können, aus welchen sich ergebe, daß zur Durchführung der Behörde gesellige Zusammenkünfte in der Absicht veranstaltet werden, um politische Angelegenheiten zu erörtern.

Zur Fleischenernung

weiß die bürgerliche Presse zu melden, daß der neue Landwirtschaftsminister von Schorlemer der gegenwärtig

8 billige Schuh-Tage.

Um Platz für die neuen Herbstwaren zu gewinnen, verkaufe ich vom 10.—18. September die nachstehenden Artikel in bekannt vorzüglichen Qualitäten, modernen, bequemen Formen und eleganten Ausstattungen zu nachstehenden Extrapreisen:

Für Damen.

Roß-Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe	statt 6.90	5⁹⁰
Boxkalf-Schnürstiefel besonders haltbar	statt 9.75	7⁹⁰
Dunkelbr. Chevr.-Schnürstiefel mit und ohne Lack	statt 10.75	8⁵⁰
Schwarze Chevr.-Schnürstiefel mit und ohne Lack	statt 10.75	8⁹⁰
Ein Posten Kinder-Boxkalf-Schnürstiefel 27-30	4⁷⁵	31-35 5⁴⁰

Für Herren.

Roß-Chevreaux-Schnürstiefel mit Lackkappe	statt 8.75	7⁵⁰
Rindbox-Schnürstiefel sehr haltbar	statt 8.75	7⁹⁰
Boxkalf-Schnürstiefel elegante Form	statt 11.75	9⁷⁵
Chevr.-Schnürstiefel mit u. ohne Lack teils Goodyear & Mac Kay	statt 12.75	10⁷⁵
Ein Posten Knaben-Rindbox-Schnürstiefel 36-38	5⁹⁰	39-40 6⁴⁰

4 Prozent in bar
oder
Rabattmarken.

Schuhwarenhaus A. Popp, Breitestr. 7.
Fernsprecher 1409.

Wiegels Konservierungs-Honig-Essig

beliebter und bewährter Einmachessig, in den meisten einschlägigen Geschäften erhältlich. Fabrik: Fischergrube 61.

Kartoffeln.

Feinste französische Eierkartoffeln, auf Sandboden gewachsen, 10 Pfd. in Säcken 50 Pfg., 100 Pfd. 4.50 Mk. Diese Kartoffel ist absolut erdfein und kann ich nur empfehlen, schon jetzt den Winterbedarf davon zu decken, weil der Preis bestimmt stetig steigen wird.

Feinste gelbe lange Kartoffeln, 10 Pfd. 45 Pfg., 100 Pfd. 4 Mk., feinste gelblich fochende Magnum bonum, 10 Pfd. 35 Pfg., 100 Pfd. 3 Mk. Die gelben langen Kartoffeln, sowie Magnum bonum, halten sich auch wochenlang, doch kann ich sie zum Einnehmen für den Winterbedarf noch nicht empfehlen.

Weintrauben

foeben ca. 2000 Pfund frisch eingetroffen, Pfd. 40 Pfg., allerfeinste Trauben Pfd. 50 Pfg., in kleinen Kistchen bedeutend billiger.

Gravensteiner Aepfel

allerfeinste extra ausgesuchte Früchte, Pfd. 40 Pfg., 10 Pfd. 3.50 Mk., 100 Pfd. 32 Mk. Gäte Gravensteiner II. Sorte Pfd. 25 Pfg.

Nonnen- oder Prinz-Aepfel

Pfd. 20 Pfg., 10 Pfd. 1.80 Mk., 100 Pfd. 16 Mk., II. Sorte Pfd. 15 Pfg. Traubäpfel Pfd. 15 Pfg., 10 Pfd. 1.30 Mk. Alle anderen Sorten Äpfel und diverse Sorten Birnen billigt. Ferner empfehle Melonen, Kürbis, Gurken, Tomaten, Blumenkohl u. v. m. in bester Qualität, billigt.

Nur **Karl Voss** Nur
Holstenst. 6 Holstenst. 6
Fernsp. 1734 Fernsp. 1734

Carl Folkers Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.

Gehe rote Lubeca-Rabattmarken.



Ueberall zu haben.
Fabrikation und Vertrieb der
Bilz alkoholfreien Getränke
Georg Hembd, Lübeck.
Fernsprecher 642.



en gros u. en detail
reelle u. gute Ware
empfehl
HEINR. HAGELSTEIN
Königsstrasse 85

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Auschank
empfehl
J. Höpner, Beckergr. 66.

Gehr. Hirschfeld

Breitestrasse 39-41.

Spezial-Angebot für Knaben-Konfektion.

Schulanzüge aus blauem Cheviot,
reich mit Soutache und Tresse

Gr. 0	1	2	3	4	5	6
2.50	2.75	3.00	3.25	3.50	3.75	4.00

Schulanzüge aus kräftigem, grauem Winterstoff,
kleidsame Fassons

Gr. 0	1	2	3	4	5	6
5.75	6.25	6.75	7.25	7.75	8.25	8.75

Knaben-Jacken Kieler Fasson m. Abzeichen
aus blauem Winter-Cheviot
ganz mit Planel gefüttert

Gr. 0	1	2	3	4	5	6
4.75	5.25	5.75	6.25	6.75	7.25	7.75

Knaben-Sweater Knaben-Mützen

in reicher Auswahl.

Bei Bareinkäufen 4 Prozent oder Rabattmarken.

Allerfeinste Meiereibutter Pfd. 1.35 Mk.

Feinste Eibutter „ 1.30 „

II. Sorte Meiereibutter „ 1.20 „

Gewähre auf Naturbutter 4 Proz. Rabatt in Bons.

Max Ueberrhein

Breitestrasse 11. Fernruf 1910.

Moislinger Allee 2. Huxstrasse 118.

Verb. der Tapezierer

und verw. Berufsgenossen.

Filiale Lübeck.

Einladung zum 15. Stiftungsfest

verbunden mit Preisregeln, Damen- und Kinderberggängen
und sonstigen Überraschungen

am Sonntag, dem 11. September 1910,

im Lokale des Herrn Fürbötter, „Wakenitz-Bellevue“.

Beginn des Balles 5 Uhr. Ende 2 Uhr. Regeln 11-1 und 4-8 Uhr.
Herren 50 Pfg. Damen frei.

Das Komitee.

Gewerkschaftshaus Lübeck

Johannisstraße 50-52.

Spezialität: Frühstücks- u. Abendplatte. Zivile Preise.

ff. bürgerl. Mittagstisch 65 Pf. von 12-2 Uhr.

